

BAUSTEINE FÜR KLIMANEUTRALE STÄDTE

Etliche Schweizer Städte und Gemeinden diskutieren Klimaneutralität als ihre politische Vision. Dies würde bedeuten, dass sie nicht mehr klimaschädliche Gase ausstossen, als natürliche und technische Speicher aufnehmen können. Soll dieses ambitionierte Ziel (kurz: «Netto-Null») umgesetzt werden, braucht es einschneidende Massnahmen bei der kommunalen Infrastruktur, aber auch einen Wandel im Lebensstil der Bevölkerung. Eine sozialwissenschaftliche Tagung in Basel suchte Ende Januar nach Lösungsansätzen.



Beim Heizungersatz in Bestandsbauten besteht ein grosser Hebel, um den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen. Verschiedene Städte und Gemeinden unterstützen Liegenschaftsbesitzer mit Impulsberatungen. Foto: B. Vogel

Rasend schnell sind die Forderungen der «Friday for Future»-Bewegung in der Politik angekommen. Aufgerüttelt durch die Jugendproteste haben Kommunalpolitikerinnen und -politiker parlamentarische Vorstösse für eine schnelle Umsetzung griffiger Klimaschutzmassnahmen eingebracht. So beispielsweise im Kanton Basel-Stadt, der sich bereits im Jahr 2017 im kantonalen Energiegesetz vorgenommen hatte, den CO₂-Ausstoss pro Person und Jahr bis 2050 von aktuell 3,7 auf 1 Tonne CO₂ pro Person und Jahr zu reduzieren. Ähnliche Vorstösse sind auch in Zürich hängig, wo aktuell ein Netto-Null-Ziel bis 2030 zur Debatte steht.

Wie auch immer diese Forderungen am Ende in Gesetzestexte gegossen werden – Schweizer Städte und Gemeinden stehen im Klimaschutz so oder so vor einer Herkulesaufgabe. Technische Innovationen werden den CO₂-Ausstoss zwar dämpfen. Doch ohne Verhaltensänderungen der Bevölkerung werden die Klimaziele nicht zu erreichen sein. Vor diesem Hintergrund trafen sich Ende Januar in Basel Expertinnen und Experten aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit Vertreterinnen und Vertretern aus Städten, Gemeinden und Wirtschaft zur Tagung «Auf dem Weg zu klimaneutralen Städten». Der Anlass wurde organisiert vom Bundesamt für Energie (BFE), dem Nationalen Forschungsprogramm 71 «Steuerung des Energieverbrauchs», dem Competence Center for Research in Energie, Society and Transition SCCER CREST und von Energieforschung Stadt Zürich.



«Aussteigen und weiterfahren» – das könnte auch das Motto sein für die Dekarbonisierung des Verkehrs, der heute in der Schweiz noch zu 94% auf fossilen Energieträgern beruht. Foto: B. Vogel

Auch harte Einschnitte

Zürich will den CO₂-Ausstoss wie Basel auf eine Tonne bis im Jahr 2050 senken, so die aktuelle Vorgabe in der Gemeindeordnung. Klimaneutralität bedeutet, dass auch diese verbleibende Tonne noch eingespart oder kompensiert werden müsste. Zurzeit verursacht jede Zürcherin und jeder Zürcher pro Jahr durch den Energieverbrauch 4,4 t CO₂. Einen ersten Schritt zur Bewältigung der Mammutaufgabe im Energiebereich sieht Zürich im Ausbau der Fernwärme. Auch einschneidende Massnahmen werden umgesetzt wie zum Beispiel die Stilllegung von Teilen des Zürcher Gasnetzes in den Fernwärmegebieten. Dies sei «eine sinnvolle Vorgehensweise, um Klimaneutralität zu erreichen», sagt Dr. Silvia Banfi Frost, Energiebeauftragte der Stadt Zürich.

Ein «ganz entscheidender Schritt» auf dem Weg zur Klimaneutralität sei die Dekarbonisierung des Verkehrs auch mittels Elektromobilität, betont Dr. Anne-Kathrin Faust, die beim BFE das Forschungsprogramm Energie-Wirtschaft-Gesellschaft leitet. In diesem Bereich, der noch zu 94% auf fossilen Energien beruhe, sei bisher keine Reduktion gelungen, bedauerte Roberto Bianchetti, Fachspezialist Energieeffizienter Verkehr beim BFE. Er setzt seine Hoffnung in die gegenwärtig stark wachsende Zahl von Elektroauto-Modellen, welche Autokäufern eine grosse Auswahl ermöglicht. In diesem Zusammenhang sollen die Städte richtige Rahmenbedingungen sicherstellen, damit die Elektromobilität ihre Chancen ver-



Der Ausbau der Ladeinfrastruktur (Bild: Ladestation in Basel) ist eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Elektromobilität. Foto: B. Vogel

wirklichen kann, bei gleichzeitiger Minimierung der Risiken. Dazu gehören u.a. der Einsatz von Ökostrom, die Errichtung einer angemessenen öffentlichen Ladeinfrastruktur sowie die Vermeidung einer Konkurrenzierung von öV- und Langsamverkehr. Die nationale Roadmap Elektromobilität strebt für das Jahr 2022 bei den Neuzulassungen einen Anteil der Steckerfahrzeuge (reine Elektrofahrzeuge sowie Plug-in-Hybride) von 15% an. 2019 lag der Anteil bei 5,6%.

Hohe Glaubwürdigkeit

Klimaschutz umfasst alle Lebensbereiche. Folgerichtig also, dass Gemeinden und Städte auch Themen wie Ernährung auf ihre Agenda setzen. Die Stadt Winterthur wählte für ihre «Stadtgmües»-Kampagne für nachhaltige Ernährung einen partizipativen Ansatz unter Einbezug der Bevölkerung. Das Projekt, das von Forscherinnen und Forschern der Zürcher Hochschule der Angewandten Wissenschaften (ZHAW) begleitet wurde, hat unter anderem gezeigt, dass Städte ein geeigneter Akteur bei der Promotion nachhaltiger Ernährung sei, wie ZHAW-Forscherin Evelyn Lobsiger-Kägi sagt: «Wenn Städte und Gemeinden über nachhaltige Lebensweise informieren, werden diese Informationen von der Bevölkerung als unabhängig wahrgenommen, während sie z.B. Biolabels nicht unbedingt trauen. Wir sollten diese hohe Glaubwürdigkeit nutzen.»



Stadtmitarbeiterin und Passantin während eines Degustationsanlasses auf der Marktgasse im Zuge der Stadtgmües Erlebniswoche im Oktober 2019. Den Passanten wurden vegane Häppchen angeboten und es gab ein Quiz, in welchem man verschiedenes Gemüse benennen musste. Foto: Kampagne Stadtgmües 2019

Städte haben in Sachen Ernährung einen erheblichen Impact, wie auch das Beispiel der Stadt Zürich zeigt, wo gegenwärtig eine neue Strategie für eine nachhaltige Ernährung umgesetzt wird. Über die rund 450 städtischen Betriebe könne die Stadt jährlich sieben Millionen Mahlzeiten beeinflussen, sagt Projektleiterin Lisa Halter.

Umdenken beim Heizungsersatz

Die vielleicht wichtigste Einzelentscheidung in Sachen Klimafreundlichkeit haben Liegenschafts-Besitzer, wenn es um den Ersatz der Heizung geht. In den meisten Fällen wird auch heute noch eine fossile Heizung durch eine neue fossile Heizung ersetzt, wie Meta Lehmann (econcept AG) bei einer Studie in den Städten Basel, Köniz, St. Gallen, Winterthur und Zürich herausgefunden hat. Hier möchte Felix Jehle, Leiter Ressort Energie im Kanton Baselland, mit gezielter Beratung ansetzen, denn von den 48'000 fossilen Heizungen im Kanton sind 27'000 älter als 15 Jahre und müssen in den kommenden Jahren ersetzt werden.

Im Basler Landkanton wird noch diskutiert, ob die Daten der Feuerungskontrolle verwendet werden dürfen, um Heizungsbesitzer gezielt anzusprechen. Die Stadt Winterthur hat diese Hürde bereits genommen. Dort wurden in den letzten drei Jahren 1400 Heizungsbesitzer angeschrieben. 308 von ihnen



Städte wie Basel und Zürich leisten mit dem Ausbau von Fernwärmenetzen einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Im Bild: die Kehrichtverbrennungsanlage Basel, die aus Haushalts-, Industrie- und Gewerbekehricht Dampf für Industriebetriebe, Fernwärme und Strom herstellt. Foto: B. Vogel

haben unterdessen die Heizung ersetzt – 220 ohne, 88 mit Impulsberatung. «Bei den Eigentümern, die sich beraten liessen, konnte der Anteil der Ölheizungen halbiert werden, die Zahl der Erdwärmesonden-Systeme wurde verdoppelt und jene der Luft-Wasser-Wärmepumpen verdreifacht», zieht Tobias Hösli Bilanz. Der Vertreter der Stadt Winterthur hat für andere Städte und Gemeinden daher eine klare Empfehlung parat: «Ich möchte Sie motivieren, ebenfalls eine solche Kampagne durchzuführen.»

Vorteile aufzeigen

Die ausgewählten Schlaglichter auf die landesweiten Klimaaktivitäten führen vor Augen, welches grosses Potenzial auf kommunaler Ebene vorhanden ist, um Veränderungen in die Wege zu leiten. «Es wird nicht ohne gesetzlichen Zwang gehen», hatte Christoph Brutschin, Regierungsrat von Basel-Stadt, zur Eröffnung der Tagung gesagt, riet aber zugleich davon ab, «mit dem Moralfinger zu winken» und damit den Goodwill der Bevölkerung zu verscherzen. «Wir müssen die Transformation lustvoll angehen und dabei die Chancen in den Vordergrund rücken, also beispielsweise die Vorteile aufzeigen, wenn man auf die Fernreise verzichtet und stattdessen die Ferien in der Region verbringt.»

- Die Ergebnisse und Synthesen der über 100 Forschungsprojekte der Nationalen Forschungsprogramme 70 und 71 zur Schweizer Energiezukunft finden sie auf www.nfp-energie.ch.
- <https://www.energieforschung-zuerich.ch>
- <https://www.sccer-crest.ch/>
- **Auskünfte** vonseiten BFE erteilt Dr. Anne-Kathrin Faust (anne-kathrin.faust@bfe.admin.ch), Leiterin des BFE-Forschungsprogramms Energie-Wirtschaft-Gesellschaft.
- Weitere **Fachbeiträge** über Forschungs-, Pilot-, Demonstrations- und Leuchtturmprojekte im Bereich Energie-Wirtschaft-Gesellschaft finden Sie unter www.bfe.admin.ch/ec-ewg.



Der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin plädiert dafür, die Transformationen der Städte in Richtung Klimaneutralität nicht mit dem moralischen Zeigefinger, sondern lustvoll anzugehen. Foto: B. Vogel